

Südwesten Münster

Organ für die Interessen der wertfältigen Bevölkerung

Der „Elbdebet Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementpreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierjährlich 2.40 Th., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telegraphen-Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Zeitung oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 78.

Sonnabend, den 1. April 1916.

23. Jahrq.

Die Russenschlacht im Osten.

Die neun Tage vom 18. bis zum 26. März waren aus-
gefllt mit auferordentlich starken Angriffen der russischen
Kräfte im Nordosten gegen die Armee der Heeresgruppe
Hindenburg. Nicht unvermutet hat dieser Vorstoß eingesetzt.
Seit langem war uns von der Bierverbandspresse ein allge-
meiner Angriff für das Frühjahr vorausgesagt worden.
Die Ankunft gewaltiger Ersatztransporte, um die Truppen
vorderer Linie auf volle Stärke aufzufüllen, die Heran-
führung neuer Verbände, die Ansammlung des erforder-
lichen Schießbedarfs konnten nicht unbemerkt von unserem
Nachrichtendienst und unseren Lufteinheiten vor sich gehen.

Zu einer einheitlichen Offensive aller unserer Gegner, um uns durch ihre Masse zu erdrücken, ist es auch diesmal nicht gekommen. Darauf wird die seit dem 27. März in Paris tagende militärische Konferenz der Bierveränderer auch für die Zukunft nichts ändern. Denn nicht nur in den oft entgegenstehenden Interessen der einzelnen Genossen, sondern mehr noch in den Schwierigkeiten ihrer Gesamtlage, in ihren inneren militärischen, wirtschaftlichen, politischen Verhältnissen liegen große Hemmnisse einer solchen gleichzeitigen, in Ziel und Durchführung übereinstimmenden Tätigkeit. Und dann haben wir schließlich auch noch ein Wort mitzureden.

So kam es auch diesmal, daß zunächst die im Südwesten Russlands ausgehäuften Massen gegen die österreichisch-ungarischen Heere in der zweiten Hälfte des Dezember und im Januar losgelassen wurden, als sich ihr Eingreifen auf dem Balkan wegen der Neutralität Rumäniens unfruchtbar erwies. Man wollte die sich langsam um Saloniki sammelnde Armee Sarrails, wollte die Reste der Serben und Montenegriner wenigstens mittelbar unterstützen. Aber auf dem Balkan war man noch nicht bereit oder schon geschlagen, und so verpuffte der große Angriff gegen Ostgalizien und die Bukowina nach furchtbaren Opfern nutzlos im Sande. Dann kam die Offensiv des Großfürsten im Kaukasus und in Persien, die unleugbare Erfolge erzielte, aber wegen der weiten Entfernung und der verhältnismäßig geringen Kräfte auf die Hauptplätze des Krieges keinen Einfluß ausüben konnte, zumal es zur selben Zeit den Engländern im Indienfeldzug erlangt.

Dann brachen die Italiener los; aber die sehr schweren Verluste ihres fünften Angriffs ließen diesen nach wenigen Tagen erlahmen und gaben unserem Bundesgenossen zu wiederholten Siegreichen Gegenstößen über den Ronzo hinaus Raum, die noch heute fortduern.

It die französisch-englischen Vorbereitungen fiel unsere Offensive in Verdun. Die Franzosen haben zu ihrer Abwehr ancheinend alle Rückhaltstruppen herangeführt, über die sie noch irgendwie verfügten, und außerdem einen erheblichen Teil ihrer Front um Arras herum den Engländern überlassen müssen, um ihre eigenen Divisionen dort herauszuziehen. Das war alles, was die braven Briten für sie taten. Zu einem Mehr mögen vielleicht die fümmelichen Ergebnisse der Derbykonsolidierung, der nur langsam zu überwindende Wille gegen den Dienstzwang kaum die Mittel geboten haben. Man wird aber wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß auch die unbewußte und die bewußte Selbstsucht der Engländer sich dagegen sträubt, große Teile ihres Heeres in den Glutöfen der Angriffssturm zu werfen, in der sie zu Schaden verbrennen würden. Viele ihrer neuformierten Truppen werden der schweren Prüfung des Angriffs vielleicht nicht gewachsen sein. Es entspricht im übrigen der gewichtlichen Überlieferung Englands, die eigenen Heere möglichst unversehrt zu erhalten und die Bundesgenossen salutieren zu lassen.

Erst vier Wochen nach Beginn der Maastürme, am 18. März, hat die russische Heeresleitung ihren großen Angriff gegen Hindenburg begonnen. Der Nutzen eines früheren Vorgehens steht selbst dem Laien darin in die Augen, daß man wohl fragen darf, warum es unterlassen wurde. Die Sichterung kann kein Hindernisgrund gewesen sein; sie war früher eher günstiger als gegenwärtig, wo das Tauwetter teils schon begonnen hat, teils nahe bevorsteht. Bleibt also nur die eine Erklärung, daß die Russen früher nicht bereit waren. Nach dem Zusammenbrüche des vergangenen Sommers hatte das riesige Zarentreich nicht die Mittel, um gleichzeitig seine Heere im Südwesten und im Nordwesten wieder angriffsfähig zu machen. Die Mittel weder an Geschützen, noch an Schießbedarf, noch an Kleidung und Ausrüstung, noch auch an ausgebildeten Soldaten, weniger noch an Offizieren! Es ist sehr die Frage, ob die Hilfsquellen des Reiches unerschöpflicher sind als etwa diejenigen Frankreichs; die Ursachen sind bei beiden Ländern verschieden, die

In den Zeitungen des Biernerandes und ferner auch in den deutschen Blättern finden sich Erörterungen darüber, welche Ziele die gegenwärtige russische Offensive wohl verfolge. Die russischen Beurteiler äußern sich sehr bescheiden; sie stellen sie nur als einen Versuch hin, die am Geben hoffende französische Armee durch eine Sperre am Oderufer zu stoppen, ja sie wollen sie bereits mit dem zwecklosen Ende

folg begnügen, Hindenburgs Heere durch diese Kämpfe zu halten. Aber diese Bescheidenheit ist ihnen erst im Laufe der Schlacht gekommen, als ihre verzweifelten Stürme ihnen zwar ungewöhnlich blutige Verluste, aber keinen durchgreifenden Erfolg gebracht haben. Ungewöhnlich blutig ist vielleicht nicht richtig gesagt, denn nach den Meldungen des deutschen Hauptquartiers wird man durchaus an die Verluste der furchtbaren Karpathenstürme vor gerade einem Jahre erinnert, die die Kraft der 3. und 8. russischen Armee brachen und sie reif machten für die Niederlage, die Mackensen ihnen bereitete.

Der Angriff gegen Hindenburg erfolgt mit sehr großen Massen und in einer ungewöhnlich großen Ausdehnung von 360 Kilometer; es ist ein allgemeiner Angriff aller verfügbaren Kräfte, wenn sich natürlich auch einige Brennpunkte des Kampfes herausgebildet haben, die tageweise wechseln. Hieraus geht meines Erachtens unzweifelhaft hervor, daß die Offensive mit der festen Absicht begonnen hat, die deutschen Reihen zu durchbrechen und einen entscheidenden Sieg über sie zu erzielen. Diese Offensive ist also, ohne nach rechts oder nach links zu blenden, in erster Linie sich Selbstzweck; sie soll das Kriegsglück wenden, und sie hofft, es zu wenden — oder hoffte es doch bei Beginn der Schlacht. Die immer wiederholte Wut der Angriffe, der Einsatz gewaltiger Geschwärme, das Vortreiben immer neuer Massen, sie verraten die Entschlossenheit der feindlichen Heeresleitung. Im Nordosten wird in der Tat gegenwärtig um eine ganz große Entscheidung gerungen. Die Ergebnisse des letzten August sollen rüdagangig gemacht werden. Alle Abschwächungen dieser Absicht, die jetzt von den feindlichen Zeitungen versucht werden, geschehen nur in dem Wunsche, den Eindruck der Misserfolge zu mindern. Denn es ist gut keine Frage, daß man

in Russland, aber auch in Frankreich, dem Höhepunkt der Kämpfe mit sieberhafter Spannung lagen.

Etwas anders wird der Zeitpunkt beurteilt, an dem die russische Regierung zum Angriff entschritten ist. Frankreich sehr wohl sein, daß sie ihn an sich geruht noch etwas hergehoben hätte; manche Erwägungen sprachen dafür, aber die Hilferufe vom Westen her haben ein weiteres Zögern nicht tatsächlich erscheinen lassen, um so ist man losgebrochen. Man darf nicht daran vorübergehen, daß der französische Senator Humbert dem Bundesgenossen verzweifelt zutuft: „Frankreich hat für alle gearbeitet, heute mögen alle für Frankreich arbeiten.“

Ob der Angriff bessere Aussichten gehabt hätte, wenn man nach gründlicher Vorbereitung später angereten wäre, darüber brauchen wir uns die Kopfe nicht zu zerbrechen. Uebrigens hat die Wirksamkeit aller Vorbereitungen in Russland an der Unfähigkeit und Bestechlichkeit der Bevölkerung ihre Grenze. — Jedenfalls sind die ersten neun Tage der Schlacht völlig zum Nachteil unserer Gegner ausgegangen; der einzige Erfolg, den sie am 20. März auf dem östlichen rechten Flügel der Deutschen, südlich des Narocz-Sees (95 Kilometer östlich Wilna), erzielt hatten, ist ihnen am 26. März größtentheils wieder verlorengegangen. Sie wollten damals 1200 deutsche Gefangene gemacht haben, hier sind ihnen 2200 abgenommen worden. Ueberall nur der angeblichsten Friede ist also der Angriff ein Fehlschlag gewesen. Wir dürfen nach allen Erfahrungen nicht annehmen, daß die Russen ihn jährlings aufgegeben haben; wir haben aber auch die Erfahrung gemacht, daß bisher alle Angriffe unserer Feinde im Osten und im Westen durch ihre zeitliche Ausdehnung an Aussichtern nicht gewonnen haben.

Richard Steele

Wetternachrichten aus Holland

Wenn die Gerüchte, die gestern das kleine holländische Land durchschwirrten, zutreffen, dann steht Holland am Vorabend ernster Ereignisse. Dann ist es vielleicht gezwungen, um seine Selbständigkeit und um seine Neutralität zu den Waffen zu greifen. Wer aber ist es, der diese beiden höchsten Güter dieses Volkes bedroht? Es ist nach einem Gerücht England, das angeblich zum Schutze der belgischen Neutralität Deutschland den Krieg erklärte; nach einem anderen Gerücht sollen es Frankreich und England als Beauftragte der Pariser Konferenz sein. Was von den einander widersprechenden Gerüchten Wahres ist, werden erst die nächsten Tage lehren. Im Interesse des holländischen Volkes wäre nur zu wünschen, daß es höchstens bei einem Versuch der Entente bliebe und Holland von den Schreden eines Krieges verschont bliebe. Es sind schon Völker genug in den Feuerstrudel dieses entsetzlichen Kriegs hineingezogen worden, so daß es ein weiteres Verbrechen an der Menschheit wäre, wenn jetzt, wo die Natur zum neuen Leben erwacht, Bomben und Granaten die grünen Fluren mit ihrem Eisenhagel durchwühlen, wenn bührende Städte und historische Stätten der Natur zerstört würden.

Wir geben Ihnen nachstehend die eingeführten Medikamente wieder:

S a a g, 31. März. Das durch die Thendspit hier verherrlichte
berüht, daß England, wohl auf Grund eines Beschlusses der Pa-
tischer Konferenz, freien Durchzug durch Salland für
eine Truppen verlangt habe, erregt gewaltiges Interesse.

Rotterdam, 31. März. Eine halbamflije Bekanntmachung aus dem Haag wurde heute verhängt.

Zu den holländischen Großstädten Amsterdam, Rotterdam, Haag usw. trügerisch die milden und Grüchte. Man ist übereinstimmend, daß die Kriis sehr groß ist. Von den Gerüchten seien einige verzeichnet: 1. Ein holländischer großer Kreuzer soll torpediert worden sein. 2. England soll auf der Insel Walcheren eine Landung verucht haben. Ferner trügt ein Gerücht, das wohl als das zuverlässigste zu betrachten ist, demzufolge Frankreich und England infolge eines Beschlusses der Pariser Konferenz am Hafen und das Wasser oder vielleicht ein Ultimatum richten wollen, die holländisch-deutschen Grenzen zu sperren. Von anderer Seite wird noch hinzugefügt, daß eine Flotte die Schelde blockieren wolle. Es wird aber auch gesagt, daß die ausgesprochene Politik der niederländischen Regierung tatsächlich beweisen ist, die Neutralität gewissenhaft zu wahren, aber um einen einen Umständer eine Verletzung der Neutralität zu dulden. In einem solchen Fall würde Holland unzweifelhaft sofort zu den Waffen greifen. Schließlich meint das „Handelsblad“: „Die Gütermägen, die seit dem 1.8. unter Verfügung der Militärbehörden gehalten werden mügten, aber seither vorübergehend freigegeben waren, müssen heute von den Behörden requiriert. Wagen, die heute um 6 Uhr abends zur Überfahrt fertig waren, durften noch besteuert werden; die anderen wurden wieder ausgeladen.“ In den eiternden Stellen sieht man die in der Bevölkerung erreichende Erregung bedenklich zu machen, indem erklärt wird, daß das Gerücht, demzufolge sämliche Gütermägen aus requiriert würden, unbegründet sei. Gleichzeitig wird hinzugefügt, man könne nicht wissen, jetzt um anjenden phantastischen Gerüchten widerstreiten. Weiter wird hervorgehoben, daß die holländische Ritterlichkeit, der zu folge die Offiziere und Mannschaften Land- und Seemacht keinen weiteren Verlust bemüht hätten, auch nicht bedeute, daß die laufenden Verluste rückgängig gemacht würden. So befindet man sich inmitten von allerhand Gerüchten in großer Unsicherheit. In parlamentarischen Kreisen jedoch auf den Niederlanden, daß die als verantwortlich gewobene gleiche Sitzung der Zweiten Kammer heute nicht erneuert wurde, als ein Angriffen zu deuten, daß sie die Sache im zweiten Tageswochentags nicht weiter anzubringen wolle.

Zum Schluß seien noch einige holländische Schüttungen wiedergegeben:

Die „Reichs- und den Tag“ hofften in einem Artikel
dass die offiziösen Bekanntmachungen, daß die Ueckauer der Kriegs-
und Seemacht eingesogen würden, daß die militärischen Fregatten
die wichtige Fronten abstellen, der Minister des Friedens und
der Direktor des Königlichen Kabinetts und dessen Minister
zuerst eine Unterredung hatten und daß eine geheime Einigung
der Zweiten Kammer unmittelbar bevorstehende. Unserer Gesetze werden
wissen wollen, was diese Berichte zu bedeuten haben, die wir er-
zeugt sind, Unruhe hervorgerufen. Wir leibet aber Hoff-
nung jetzt in und auf den Dienstag deutet diese Nachrichten
als eine mögliche Spannung unserer Beziehungen zum Ausland.
Diese kann aus direkt angeboren, sonstig Beziehungen zu dem
Krieg in Europa haben, als auch Indirekt durch Commerz-
oder in, das gerade in diesem Augenblick die Commerz- und
Ueberseebootfahrt betrifft, so günstig wie möglich gestaltet.
So die Unterseebootfahrt im deutschen Reichstag will eine solche
Regierung das will sagen, der gewünschten Partei, und
in der Unternehmung des Deutschen wird es nicht an-

Der Sozialdemokratische Verein hält am Dienstag abend im Gewerkschaftshaus seine ordentliche Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht neben Abrechnungen, Jahresbericht und Wahlen die Besprechung der letzten Tagung des Reichstages, die die Lübecker Parteigenossenschaft besonders interessiert. Die Wichtigkeit der Beratungsgegenstände erfordert das zahlreiche Erscheinen der Mitglieder.

Zur Ausgabe der Kartoffelfkarten. Am Montag und Dienstag werden erstmalig Kartoffelfkarten ausgegeben, am Montag für die, deren Familienname mit den Buchstaben A bis M, und am Dienstag für die, deren Familienname mit den Buchstaben N bis Z beginnt. Die Ausgabe findet vormittags zwischen 9 und 1 Uhr und nachmittags zwischen 3 und 8 Uhr an 18 vom Ausschuß für Kriegshilfe bekannt gegebenen Ausgabestellen statt, geschieht aber nur gegen Vorlegung des Brotkartenhefts. Wer für eine ganze Familie Kartoffelfkarten holt, muß das Brotkartenheft jedes einzelnen Familienmitgliedes mitbringen. Kinder unter 1 Jahr bleiben unberücksichtigt. Kartoffelfkarten kann aber nur beanspruchen, wer weniger als 30 Pfund Kartoffeln auf das Brotkartenheft im Besitz hat. Eine vierköpfige Familie, die mehr als 120 Pfund Kartoffeln hat, kann demnach noch keine Kartoffelfkarte verlangen. Deshalb wird jeder, der eine Kartoffelfkarte beantragt, gefragt, wieviele Vorräte er noch besitzt, und muß das genau angeben können. Sonst läuft er Gefahr, unverrichteter Sache wieder umkehren zu müssen. Möge also jeder, bevor er zur Ausgabe der Kartoffelfkarten geht, feststellen, wieviele Vorräte er besitzt. Wer unrichtige Angaben macht oder sonst den erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mf. bestraft; auch wird der Ausschuß für Kriegshilfe dafür Sorge tragen, daß die Verurteilten mit vollem Namen bekannt gegeben werden.

Beschlagnahme von Gummi. Mit dem 1. April 1916 ist eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Altgummi, Gummibällen und Regeneraten, in Kraft getreten; durch welche eine größere Anzahl in der Bekanntmachung im einzelnen aufgeführten Sorten von Altgummi und Gummibällen sowie Regeneraten beschlagnahmt worden sind. Trotz der Beschlagnahme bleibt jedoch ein Verkauf der Gegenstände an die durch schriftlichen Auftrag ausgewiesenen Beauftragten der Kaufschuh-Abrechnungsstellen in Berlin statthaft. Die Namen der Aufkäufer werden veröffentlicht werden. Die beschlagnahmten Gegenstände unterliegen auch einer Meldepflicht. Die erste Meldung hat bis zum 10. April 1916 für den bei Beginn des 1. April dss. J. vorhandenen Bestand unter Benutzung der amtlichen Meldecheine für Altgummi und Gummibälle zu erfolgen, für die Vordrucke bei den Postanstalten 1. und 2. Klasse erhältlich sind. Außerdem ist über die Gegenstände ein Lagerbuch zu führen. Es ist zu beachten, daß von dieser Bekanntmachung alle natürlichen und juristischen Personen betroffen werden, sofern die in Betracht kommenden Vorräte das Gewicht von einem Kilo gramm überschreiten. Die für die Gummifabriken und Regenerierbetriebe durch Einzelverfügungen getroffenen Anordnungen bleiben jedoch unberührt. Gleichzeitig werden durch eine zweite, ebenfalls am 1. April 1916 erschienene Bekanntmachung, betr. Höchstpreise für Altgummi und Gummibälle, für alle durch die oben erwähnte Bekanntmachung beschlagnahmten Arten Höchstpreise festgesetzt, die bei dem Verkauf von Altgummi und Gummibällen an die Kaufschuh-Abrechnungsstelle eingehalten werden müssen. Der Wortlaut beider Bekanntmachungen ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Beschlagnahme baumwollener Spinnstoffe und Garne. Am 1. April ist eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme baumwoller Spinnstoffe und Garne (Spinn- und Webverbot) in Kraft getreten. Durch diese Bekanntmachung werden die in ihr näher ausgeführten baumwollenen Spinnstoffe, Garne, Zwirne sowie Garn- und Zwirnabfälle beschlagnahmt. Von der Beschlagnahme bereit bleiben jedoch u. a. Kunstabimittelle aus Lumpen und Stoffabfällen, für die besondere Bestimmungen gelten; nach dem 1. Januar 1916 aus dem Ausland eingeführte Linters und Kunstabimolle, sowie andere nach dem 15. Juni 1915 aus dem Ausland eingeführte Baumwollspinnstoffe und -Garnreste.

Ebenso dürfen Ladengeschäfte, die am 1. April 1916 bei ihnen lagernden beschlagnahmten Garne, höchstens jedoch 50 kg., an Haushaltungen und Hausgewerbetreibende in Mengen veräußern, die bei jedem einzelnen Verkauf 10 kg. nicht übersteigen. Auch Baumwollene Nähgarne, Stoßgarne, Stifgarne, Strick- und Hölzergarne sind in handelsfertiger Ausführung mit bestimmten Einschränkungen beschlagnahmefrei.

Die Verarbeitung und Verarbeitung beschlagnahmter Baumwolle ist

achmter Baumwoll-Spinnstoffe und Garne ist in der Regel nur noch zur Erfüllung von Aufträgen der Heeres- oder Marinebehörden gegen einen amtlichen Belegchein N. r. 3 oder auf Grund eines von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königl. Preußischen Kriegsministeriums erteilten Freigabechein gestattet. Für bestimmte Arten von Baumwoll-Uhßen und Kunstdrahtwolle ist bis auf weiteres auch ein Vorratsspinnen erlaubt. Für jede Verarbeitung von Baumwoll-Spinnstoffen oder Garnen ist jedoch eine bestimmte Arbeitseinschränkung angeordnet, die sich nach dem Umfang eines jeden Betriebes richtet.

Betriebs richtet. Außerdem ist für alle am 1. April 1916 vorhandenen Bestände an Baumwoll-Spinnstoffen und Garnen eine Meldepflicht und Lagerbuchführung vorgeschrieben. Der Meldepflicht ist bis zum 10. April 1916 durch Meldung an das Lebstock-Meldeamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königl. Preußischen Kriegsministeriums, Berlin SW. 48, verängerte Hedemannstraße 11, zu genügen.

Wit dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung sind verchiedene frühere Bekanntmachungen, so das Herstellungsverbot für Baumwollstoffe (W. II 1295/6 16. K. R. I.), die Bekanntmachung, betreffend Veräußerung, Verarbeitung und Beschlagsnahme von Baumwolle, Baumwollabgängen und Baumwollgespinsten vom 14. August 1915 und die Bekanntmachung, betreffend Veräußerung, Verarbeitung und Beschlagsnahme von Baumwolle, Baumwollabgängen, Baumwollabfällen und Baumwollgespinsten (Spinnerverbot) vom 7. Dezember 1915 aufgehoben.

Gleichzeitig mit der Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme Baumwollener Spinnstoffe und Garne ist auch am 1. April 1916 eine Bekanntmachung über Höchstpreise für Baumwollspinnstoff und Baumwollgespinste in Kraft gesetzten. Hierin sind für Baumwolle, Linters, Baumwollschüppen, Baumwollabfälle, Künstbaumwolle und Baumwollgespinste bestimmte in den der Bekanntmachung beigefügten Preistafeln im einzelnen vermerkte Höchstpreise festgesetzt worden. Einzelne Ausnahmen, u. a. für aus dem Ausland eingeführte Ware, sind gelassen. Insbesondere finden aber die Höchstpreise keine Anwendung auf Strick-, Stic-, Stopf- und Hütelgarne in handelsüblicher Ausmachung für den Kleinvorlauf. Die näheren Bestimmungen für die Lieferung der Waren zu den Höchstpreisen sind allgemeinen die auch sonst in dem Handel mit Baumwolle und Baumwollgarnen üblichen. Beide neuen Bekanntmachungen enthalten umfangreiche Einzelbestimmungen, die für interessierten Personen von großer Bedeutung sind.

Höchstpreise für Blei. Neuerdings hat eine unvermiedene und abgegrundete Preisschieferung für Blei dazu geführt, dass jetzt sich für dieses Metall, sowohl rein wie in Legierungen, Verbindungen und Erzeugungsvorstufen aller Art, obgekündigte Höchstpreise mit Wirkung vom 1. 4. 16 festgelegt werden. Die Regelung der Höchstpreise für Blei erfolgt durch die Bekanntmachung der Militärfürsorgebehörde. Die wiederholten Veröffentlichen die bisher in Kraft befindlichen Höchstpreisbestimmungen haben Ansatz gegeben, in der Bekanntmachung, die für Höchstpreisbestimmungen angebrochenen Strafen besonders nachdrücklich bestimmen. Es sei u. a. verordneten, dass derjenige, der die

und Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr auch mit dem Verlust des bürgerlichen Ehrentrechte bestraft werden kann. Bei einer Zurückhaltung von Vorräten mit der Absicht der Preistreiberei ist sofortige Enteignung zu gewärtigen. Die Strafandrohungen der neuen Bekanntmachung gelten auch in voller Umfang für Übertretungen der früheren Höchstpreisverordnungen. Alle anderen Einzelheiten sind aus dem Wortlaut der Bekanntmachung selbst ersichtlich. Anfragen und Anträge sind an die Metallmeldestelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlichen Kriegsministeriums, Berlin W. 9, Potsdamer Straße 10/11, richten.

Der Feldpacaldienst. Man schreibt uns von amtlicher Seite, Bei der Versendung von Paketen an mobile Truppen handelt es sich um eine militärische Einrichtung. Die Beteiligung der Postverwaltung beschränkt sich darauf, die Pakete anzunehmen und den in der Heimat befindlichen Militär-Paketdepots auszuhändigen. Die bei den heimischen Postanstalten aufgelieserten Pakete würden bis 10 Algr. schwer sein. Das Porto beträgt 5 Pf. für das Algr., mindestens jedoch 25 Pf. Größere Güter im Gewicht über 10 Algr. bis 50 Algr. sind bei den Eisenbahn-Güter- und Güterabfertigungen aufzuliefern; dabei sind die Frachtkosten nebst 25 Pf. Röllgeld) im voraus zu entrichten. Mit der Weiterleitung der Pakete von den Militär-Paketdepots nach dem Felde und der Zustellung an die Truppen hat die Post nichts zu tun, dies liegt vielmehr in den Händen der Heeresverwaltung. Hierauf ist es unrichtig, für das Ausbleiben der an Heeresangehörige im Felde abgesandten Pakete bis 10 Algr. Sietz die Postverwaltung verantwortlich zu machen. Diese hat nur die Beförderung von der Aufgabepostanstalt zum Militärpaketdepot zu vertreten, wobei Verluste oder große Verzögerungen nahezu ausgeschlossen sind. Die Schwierigkeit liegt in der Beförderung der Pakete in Feindesland, namentlich, wenn militärische Operationen stattfinden. Auch die dem Truppenteil obliegende Zustellung der Pakete an den Empfänger ist keineswegs so leicht ausführbar, wie das Publikum vielfach annimmt. Viele Beschwerden der Abnehmer von Feldpaceten darüber, daß diese nicht angelommen seien, ergeben sich als nicht zutreffend, weil sie zu früh erhoben waren. Unter den vorstehend erwähnten Feldpaceten an mobile Truppen kommen noch Pakete an Heeresangehörige in Garnisonen des deutschen Reiches in Betracht. Diese sind mit Ausnahme der Standorte in den elsässischen Kreisen Alsfisch, Mülhausen, Gebweiler, Thann und Colmar jederzeit zugelassen und unterliegen den Vorschriften und Toren des Friedensdienstes. Pakete mit Waffensicherungs- und Bekleidungsstücken für Militärpersonen in diesen Standorten in den 5 elsässischen Kreisen werden nur zugelassen, wenn sie unter der Aufsicht der in Betracht kommenden Truppenteile und Militärbehörden abgesandt werden.

Verbot von lärmenden Läufertummeten. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird folgendes angeordnet: Während der Zeit vom 16. April (Palmsonntag) bis 23. April (ersten Osterfeiertag) 1916 — beide Tage einschließlich — dürfen lärmende Läufertummeten nicht stattfinden. Lärmend im Sinne dieser Verordnung sind Läufertummeten dann, wenn sie für das auf Straßen und Plätzen verkehrende Publikum wahrnehmbar und geeignet sind, die allgemeine in jenen Tage erster gerügte Stimmung zu föhren (z. B. der Betrieb von Karussellen, Schaukeln, Hippodromen und dergl.) Zu widerhandlungen ziehen die in § 9 b des Gesetzes über den Beleidigungszustand vom 4. Juni 1851 in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 11. Dezember 1915 — R. G. Bl. S. 813 — vorzusehenden Strafen nach sich. Derstellvert. Kommandierende General (gez.) v. Roehl, General der Artillerie.

Das Hamburger Zwerg-Künstlertheater veranstaltet vom Montag, den 3., bis Freitag, den 7. April im hiesigen Kolosseum eine Reihe von Vorstellungen, die sicher ein größeres Interesse finden dürften. Die winzigen, übrigens bis auf ihre geringe körperliche Größe ganz normalen Leutchen, produzieren sich auch als zähe Ringkämpfer und unglaublich gewandte Akrobaten. Ihr Anzug erfreut das Auge, ihr Gesang das Ohr und an den schauspielerischen Leistungen der kleinsten Tруппen der Welt kann man in helles Vergnügen haben. Die Burleske „Pummel macht es“ von Walter Kuhfisch, dem Leiter des ganzen Unternehmens, dem bekannten Hamburger Komiker, zeigt Pummel als Helfer des Theaterdirektors in allen Lagen. Man muß selbst sehen, was er nur andeutungsweise erwähnt werden kann; ein geschmaackvolles Programm, vorzügliche Leistungen, niedliche kleine Zwergen, wirklich künstlerische Leistungen. Niemand wird es bereuen, im kleinen Volk einen Besuch abgestattet zu haben. (Siehe Konsulat.)

Spieldienst des Stadt-Theater. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: „Die Selige Exzellenz“, Lustspiel von Rescher und Stein. Abends 7½ Uhr: „Rahab“, Oper von Candenstejn und „Die Entführung aus dem Serail“ Oper von Mozart. Montag: Gastspiel Büller: „Onkel Frejig“. Lebensbild nach Fritz Reiters Roman. Dienstag: „Rahab“ und „Die Entführung aus dem Serail“. Mittwoch: „Robert und Bertram“, Posse von Raeder. Donnerstag: „Der Vogelhändler“, Operette von Zeller. Freitag: „Martha“, Oper von Götow. Sonnabend: „Derogen des Odalussen“, von Hauptmann.

Stadttheater. Sonntag, den 2. April findet die Uraufführung der Operneuheit „Rahab“ von Frankensteini statt. Es ist hiermit auf dieses interessante Werk nachdrücklich hingewiesen. Die Hauptpartien singen Frau v. Pander und Herr Jahn. Die Anstudierung liegt in den Händen der Herren Wehler und Möldechen.

... mit dem vom polizeilich gelieferten Nummernschildern 2607 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Fahrrad hat schwarzes Gestell und ebenholzne Felgen. Die Mäntel des Fahrrades sind neu. Am Rahmen des Fahrrades befand sich eine Segelfischfische in der sich mehrere Briebe befanden. — Um 20. u. 21. gegen 8.30 Uhr ebenso ist vor dem Hauptpostgebäude ein Fahrrad mit dem Firmenschild Aug. Scheere abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Fahrrad hat grünen Rahmen und ebenholzne Felgen. Das Fahrrad trägt die Marke „Tornabé“ und Fabriknummer 246217.

Kiel. Tenerungszulagen für städtische Arbeiter. Durch Beschluss der Städtischen Kollegien in Kiel sind Tenerungszulagen für die städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten, soweit sie unter 2500 Mf. Diensteinommen haben, erhöht worden. Sie betragen jetzt: für Unverheiratete Pg. täglich oder 7,50 Mf. monatlich, für Verheiratete ohne Kinder unter 15 Jahren 50 Pg. täglich oder 12,50 Mf. monatlich; Verheiratete und Verwitwete mit nicht mehr als zwei Kindern unter 15 Jahren 60 Pg. täglich oder 15 Mf. monatlich; für Verheiratete und Verwitwete mit drei oder vier Kindern unter 15 Jahren 80 Pg. täglich oder 20 Mf. monatlich; für Verheiratete und Verwitwete mit mehr als vier Kindern unter 15 Jahren 100 Pg. täglich oder 25 Mf. monatlich. Der Magistrat wurde erlaubt, auch bei einem jährlichen Diensteinommen von über 100 Mf. die Tenerungszulage in solchen Fällen zu gewähren, sofern keine Verhinderung es nutzt würden.

Bering als Verantwortlicher des "Harburger Volksblatts" schuldig gemacht haben. Die beleidigenden Ausführungen sollten in einer Mitteilung enthalten sein, in der die Art der Steuerreinschätzung kritisiert wurde. Eine am 3. Juli 1914 angelegte Verhandlung vor der Strafammer in Stede endete mit der Verhaftung, nachdem der Mitangeklagte Anbauer Meyer aus Haddorn sich als Urheber bekannt und den Berichterstatter Pelz als Einzender der Notiz namhaft gemacht und Bering dieses als richtig zugegeben hatte. In dem vorgestern angesetzten Termin erkannte das Gericht nach kurzer Verhandlung gegen Bering auf Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte selbst Freisprechung beantragt. Bemerkenswert war, daß der als Zeuge vernommene Gemeindenorsteher sich wohl durch den Anbauer M., aber nicht durch den Redakteur des "Volksblatt", den keine Schuld treffe, beleidigt fühlte. Gegen M. wird neuer Termin angezeigt. Der Staatsanwalt hatte 30 Mark Geldstrafe beantragt.

Wilhelmsburg. Bei einem Einbruch sind sie bestellt ums Leben gekommen. In Georgswörder drangen drei Diebe in das Haus des Landwirts Benthack in der Absicht, sich die dort befindlichen Fleisch- und Wurstwaren zu holen. Durch das zufällig noch spät abends heimkehrende Dienstmädchen wurden sie jedoch bei ihrer Tätigkeit überrascht. Als die Nachbarschaft alarmiert war (der Besitzer des Hauses befindet sich im Felde), fand man auf der Diele einen anscheinend toten Mann, der wahrscheinlich im Dunkeln aus der Bodenluke gestürzt war und sich da-

bei bedeutende Verlebungen zugezogen hatte. Im Garten fand man dann die aus der Käucherklammer entwendeten Fleisch- und Wurstwaren. Inzwischen war der aufschreckend Tote aber verschwunden. Die anderen beiden Diebe waren schon vorher entwischt. Den Verletzten fand man etwa eine Stunde später auf dem Niedergeorgswärderdeich, in der Nähe der Sonnenborner Haftanstalt. Nun war er aber wirklich tot. Wie festgestellt ist, handelt es sich um einen Wilhelmsburger namens Georg Bunde.

Bremen. Die Bürgerschaft beschäftigte sich am Mittwoch mit einer formellen Abänderung der Fortbildungsschulgesetze. Dabei kam es zu einer Debatte etwas hiziger Art. Gewerbetreibende und Kleinhänderl beschwerten sich über rigoroseres Vorgehen der Schulverwaltung in bezug auf Heranziehung der Lehrlinge zur Fortbildungsschule bzw. Gewährung von Befreiungsgesuchen. Sie sahen am liebsten die Schließung der Schule. Andere Redner, u. a. der Genosse Schle, dämpften die Beischlechterungslust der Herren Mittelständler und wiesen darauf hin, daß es nicht Aufgabe der Verwaltung der Fortbildungsschule sein kann, die Interessen der Handwerker zu vertreten, sondern in erster Linie diejenigen der Lehrlinge, daß den Lehrlingen, die heute in der praktischen Ausbildung schon leiden, die theoretische Ausbildung nicht vorenthalten werden darf. Ein Antrag Woltemath, der einen Bericht über Verlegung des Unterrichts in die Abendstunden forderte, fand Annahme. — Bezüglich des Bereichs von staatlichem Gelände in Bremerhaven an den Bau- und Wohnungsverein war am 14. Juli 1915 von der Bürgerschaft zunächst die Anstellung von Erhebungen näher bezeichnete Art gewünscht worden. Der diesbezügliche Bericht lag nunmehr vor und hatte die Wirkung, daß die Staatsvorlage vom 28. April 1915 ohne wesentliche Debatte Annahme fand. — Stadtdirektor Besse hatte nur noch beantragt, daß die in den umliegenden Orten wohnenden Beamten nunmehr angewiesen werden sollen, in Bremerhaven zu wohnen. Auch dieser Antrag erhielt die Majorität. Genosse Stöcken hatte gegenüber dieser Verlangen auf die Pflicht des Staates hingewiesen, für Wohnungen zu sorgen. Auf erneute Eingaben der Beamten- und Arbeitervereine hat der Senat eine Erhöhung der Kriegsteuerabgaben einzutreten lassen; bei kinderlosen Ehepaaren von 1,50 auf 2 Mk. pro Woche, für jedes Kind ferner von 50 Pg. auf 1 Mk. Auch der Kreis der Empfänger der Zulage ist durch Er-

Gewerkschaftsbewegung.

Verhandlungen im Schreidergewerbe über eine Reihe tariflicher Angelegenheiten wurden dieser Tage in Dresden geprägt. Über den Antrag der Arbeiter auf Erhöhung der Nacharbeitsvergütung wurde eine Bekanntigung erzielt, nachdem die Unternehmer auf ihren Vorschlag verzichtet hatten, wonach sie sich im Falle des Zurückgehens der Einkaufsspreise eine entsprechende Reduktion der Vergütungsfäße vorbehalten wollten. Durch die neue Verordnung, nach der die Arbeitszeit auf 40 Stunden beschränkt werden soll, sieht sich der Unternehmerverband gezwungen, eine beachtigte Lohnerhöhung fallen zu lassen. Infolgedessen konnten sich die Arbeiter mit einer weiteren Hinzufließung des Infrastrukturens des Reichstarifvertrages nicht einverstanden erklären. Bei Beratung der Extraarbeiten kam es infolge der ablehnenden Haltung der Unternehmer zu einer Verflüchtigung der Arbeiter. Diese lehnten eine Weiterberatung ab mit der Begründung, daß die jetzigen Löhne keineswegs mehr den Zeitverhältnissen entsprachen. Es würde also nichts anderes übrig bleiben, als die ganze Streitfrage durch die Ungarischen austragen zu lassen, um eine Grundlage für die weiteren Beratungen zu schaffen. — Die Unternehmer zogen nunmehr ihre Vorlage zurück. Die Verhandlungen sind also wiederum gescheitert. Im Anschluß daran unterhielt man sich noch kurz über die Arbeitsnachweisfrage. Die Unternehmer erklärten sich bereit, Anweisungen an ihre Ortsvereine dahin zu erlassen, daß sie mit den Arbeiterorganisationen in die Erörterung einer gemeinsamen Regelung der Arbeitsnachweise am Orte eintreten sollen.

Aus Nah und Fern.

Die Lebensmittelsteuerung in Berlin. Nach dem jüngsten Wochenbericht sind in Berlin die Lebensmittelpreise gegenüber den Preisen der Vorwoche im allgemeinen wiederum gestiegen. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres stiegen die Preise für lebende Kübler und Hammel um 117 und 142 Prozent, für Fleisch von verschiedenen Schlachtieren im Großhandel um 155 bis 214 Prozent, für Fische im Großhandel um 10—165 Proz., für Hammel-, Kalb- und Rindfleisch im Kleinhandel um 121—175 Prozent, für Fische um 5—175 Proz., für Butter um 66—85 Prozent, für Butterfett um 54—82 Prozent.

Ein schwerer Eisenbahunfall ereignete sich auf der Ringbahn in Neubölln. Auf der Strecke zwischen Hermannstraße und Ringbahnhof Neubölln war ein größerer Arbeitertrupp mit Gleisarbeiten beschäftigt. Nach den angestellten Ermittlungen wurde, als von der Haltestelle Ringbahnhof her ein Ringzug fuhr, dass von dem Bastei das vorgeschriebene Voraufliegen gegeben. Die Arbeiter sprangen dann auch zur Seite und das freie Gleise. Nur der 45 Jahre alte Vorarbeiter August Schatzki und der 47 Jahre alte Arbeiter Karl Hönig gingen wohl in plötzlicher Verwirrung gerade auf dem Gleise auf dem der Zug kam. Sie gerieten unter die Räder und wurden zerstört. Auch auf hinterlässt eine traurige Frau mit zwei Kindern, Mädchen, von denen das älteste zehn Jahre zählt.

Wilschaden. In bürgerlichen Zeitungen Norddeutschlands wird Schrift über zugehörigen Wilschaden geflößt. Die „Nordwest.“ Stg. freiste fürzlich fest, daß im Briloner Bezirk rund 100 Morgen Roggen durch Wildschweine verwüstet worden sind. Vermischten haben sich diese Klagen in auffallender Weise vermehrt und es wird auch von den Kleingätern allenthalben darum gewiesen, daß die Wildjäger rüdelweise die Acker verunstalten. In einer Zeit, wo Brot- und Fleischwangel herrscht. Die Saison der Jagden ist eine der traurigsten Zeitencheinungen.

Arbeitsmillionen.

Ihr draußen! Millionen! eisern bewehrt,
Die den Blutschlacht bis zum Grunde geleert!
Ihr vor dem Tode tausendmal
In Tagen, Nächten voll Opferqual!
Ihr Arbeitssmannen notverrost,
Die ihr gehalten, was ihr gelobt:
Und kommt die Stunde der Gefahr,
Vaterland, dann machen wir's wahr:
Das Wort ist unerträglicher!
Wir lassen niemals dich im Stich!
Arbeitsmillionen im Blutgefild.
Ihr mit dem Frieden im Wappenschild,
Zum größten Ziel durch Treue groß:
Aus Drangsal muss die Arbeit los!
Du Volk du draußen, das im Geist
Aufbaut, was herrlich Vaterland heißt!
Das, noch von tüdlicher Wit umgelt,
Nun Lieder hört überm Leichenfeld:
Denk heim, denk heim aus Schutt und Rauch:
Das steigende Lied, wir hören's auch!

Wir lauschen auf, die Blicke weit,
Wir hören Herzen im Eisenkleid.
Ihr Ton ist fest, ihr Schlag ruft laut:
Brüder daheim, auf euch ist gebaut!
Wir stehen stark um bestes Gut:
Heiliges blieb in eurer Hüt!
Wir wollen's wieder unversehrt!
Wir haben's gesichert, wir wollen's gemeint!
Wir haben geblutet, das Blut will Frucht:
An trogt die Scholle, der Pfug fordert Wucht!
Wir haben's erworben, uns muchs das Feld:
Pflügermassen, bestellt, bestellt!
Und Furcht dränge an Furchte dicht,
Einig gerichtet, in klarer Sicht!
Soll keine vertrüzen, verschütteten die Saat,
Jede werde Lehrerat!
Arbeitsmillionen, wer fehlt am Pfug?
Der Morgen naht, die Lerche schlägt,
Sie schlägt unser Schwurlied: Macht es wahr!
Seid treu in der Stunde der Gefahr!

Franz Diederich.

Parteigenossen!

Die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“, wie sich die aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgeschiedene Gruppe der Achtzehn nennt, erläutert im „Vorwärts“ einen Aufruf an die Parteigenossen, der nicht ganz unwiderstreblich bleiben kann, da er eine Reihe zur Tiefführung der Parteigenossen geeignete Behauptungen enthält.

Die 18 Separatisten erklären, dass sie tatsächlich aus der Fraktion hinausgedrängt wurden. Das ist eitel Spiegelreiterei. Sie lebten ab, die Pflichten zu erfüllen, die ihnen die Zugehörigkeit zur Fraktion auferlegt, und begaben sich dadurch selbst der Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen. Die Achtzehn haben gewußt, dass ihr hinterhältiges Vorgehen die Spaltung der Fraktionsgemeinschaft zur Folge haben müsste. Ein Blatt der Müntherheit schreibt ganz richtig: „Das Vorgehen ohne Benachrichtigung der Mehrheit war tatsächlich schon die Aushebung der Fraktionsgemeinschaft.“ Die Gruppe der Achtzehn sollte doch so ehrlich sein und zugeben, dass sie den Bruch gewollt hat. Die erneute Sonderaktion soll kein Diziplinärbuch sein? Doch nur für die, die der Auffassung sind, dass sich die Mehrheit dem Terrorismus der Müntherheit zu beugen hat. Sie soll kein Treubruch sein? Ja, warum haben denn selbst Mitglieder der Fraktion, die jährlings den Standpunkt der Müntherheit teilen, dieses Vorgehen als heimtückisch bezeichnet? Nur durch das treulose Verhältnis der Achtzehn wurden jene bedauerlichen Szenen provoziert, über

Der Werwolf.

Roman von Wilibald Alexis (M. Höring).

33. Fortsetzung.

„Edle Königin, würde ich sprechen, Gott hat manigfache Seife der Kreatur gegeben; einige stehen geschrieben in der Schrift, andere in der Natur, noch andere sind ungeschrieben und der Menschen Verstand entziffern sie nicht. So ist das, dass er die Fürsten nicht jüngern lässt als gewöhnliche Menschen, ich meine gegen sein sechtes Gebot. Warum es geschieht, es ist vor Uralters geschehen, und es wird so geschehen, so lange es Fürsten gibt. Einige wollen's erklären: dass der Fürst dadurch zeige seinen göttlichen Ursprung, und wie er Macht habe über die Gelehrte. Andere: alldeutel er mit seiner Liebe ein ganzes Volk umfassen soll, müsse er auch mehr bilden als ein Volk allein. Das sind Declaraciones, die ich auf sich beruhnen lasse, mich als Diener der Kirche geben sie nicht an; denn wenn der König mich als einen Beichtiger in sein Kammerlein riefe und fragte: Sprich, wie ich reit oder unreit? da müsste ich sagen: Du tast unreit. Die Fürstin atmete auf, ein erster wohlgefüllter Blut trug sie wieder.

„Zu Salomonis edler Königin aber sprüche ich: Lass dich nicht irren, dass er irrt, denn bist du darum minder kein Weise, dass er noch andere Weiber hat neben dir? Oder, weil er sündigt, vermaut du, dass du wieder sündigen darfst, um es auszugleichen? — Siehe es an, würde ich fortfahren, als eine Krankheit, so die Berge nicht heilen können: nun ist es deine Pflicht, ihn zu pflegen, denn die Bande sind ungottessinnlich, und je mehr er daran geht, dass er loskomme, so eingerichtet er dich an sich; und je weniger er wird, so freundlicher sei, denn es ist ein Maß der Liebe, was der Herr fordert als Opfer einer wohthaften Ehe, gibst er zu wenig, so macht du mehr geben, das heißt ausgleichen vor dem Herrn; dadurch erweckt du die die einzige Krone des Himmels, für die Dornenkronen dieser Erde. So, wenn Liebe immer gibt, was sollen Herzen, benötigt sie's wohl, dass sie nicht empfängt. Und wenn, wo die Erde bewirkt und Aussicht, der Himmel das Haupt, was du wendest, ruhe, glückliche Mutter, deine Kinder; sie werden jubeln können, sie werden um deine Arme spielen; sie werden die Erde nach dir aussuchen, mit ihren Tagen nach deinen Tagen, mit ihren Lippen nach deinem Mund verlangen; in ihnen ist der Geist, den du verloren, in neuer Geburt und Fleischgewebe für die Zeit, die du braust, die gesammelt.“

„Gebüsch vorüberhast. Durch das Täuflein bringt ein Entzifferer, die Stille in dem großen Zimmer unterfreund. Der Entzifferer war angewandert, aber die Fürstin lebte ja nach des

die der Aufruf der „Arbeitsgemeinschaft“ sich jetzt entrüstet, statt sich selbst anzuladen,

Die Sonderaktion nimmt für sich das Monopol auf eine selbständige grundsätzliche sozialdemokratische Politik in Anspruch. Hierüber wird der nächste Parteitag zu entscheiden haben, der ohne Zweifel bestätigen wird, dass eine sozialdemokratische Partei, die die Notwendigkeit der Landesverteidigung anerkennt, nicht anders handeln darf, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der Kriegszeit gehandelt hat.

Die Sonderaktion behauptet, dass ihr Auftreten das Ansehen der Partei im In- und Auslande habe. Im Inlande? Die Entrüstung, die das Auftreten der Achtzehn in der Partei hervorrief, liefert den Gegenbeweis. Im Auslande? Doch nur bei denen, die ihre Hoffnung auf den Zwischenfall der Partei und die innere Zerrüttung des deutschen Volkes setzen. Wer das Auftreten der Achtzehn unberührt, der wird unserem dänischen Bruderorgan „Sozialdemokraten“ recht geben, das als Folge der Spaltung eine Schwächung des Einflusses der Sozialdemokratie auf den Frieden und eine Verlängerung des Krieges bejügt.

Die Sonderaktion ist keine Vertretung der Partei. Unter Organisationsstatut kennt im Reichstag nur ein e-parlamentarisches Vertretung: die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Wer die Partei stark erhalten will, muss alle, die das Gefüge der Partei untergraben und die einschärfsten Gebote der Demokratie mit Füßen treten, energisch in die Schranken weisen. Nur so können wir unseren kämpfenden Genossen draußen die Partei erhalten, die ihr Stolz war und auf die sie ihre Hoffnung für die Zukunft setzt.

Genossen! Fünf Jahrzehnte lang haben wir die Arbeitermassen unter unsrige Fahne gesammelt mit der Parole: Einigkeit macht stark! Dabei soll und muss es bleiben.

Berlin, den 30. März 1916.

Der Vorstand

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Vorstand

der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die neuen Steuern in der Kommission des Reichstags.

Die Steuerkommission begann am Donnerstag mit der Beratung der außerordentlichen Postabgaben. Der Berichterstatter Dr. Wieser (FDP) gab einleitend eine Übersicht über den Zweck und die Tragweite der Vorlage. Er hatte grundfachliche Einwendungen nicht zu erheben, beanstandete aber, dass keine zeitliche Begrenzung der Abgabe vorgesehen war. Die Belastung des privaten und geschäftlichen Verkehrs werde hart empfunden werden. Das galt sowohl von dem Zuschlag für die Postgebühren, wie von dem der Telephon und Telegraf. Besonders die mittlere und kleine Preise werde unter dieser Belastung schwer zu leiden haben, und es sei deshalb zu erwägen, ob nicht die berechtigten Interessen mehr geschont werden könnten. Der gute Ruf der deutschen Posteinrichtungen beruhe darauf, dass sie nicht fiktionalen Zwecken dienen. Trotzdem könne man bei dem großen Geldbedarf der Kriegszeit einer Belastung des Postverkehrs nicht ausweichen. Fraglich sei, ob der gelesene Ertrag der Abgaben von 200 Millionen Mark wirklich gewonnen werde. In Friedenszeiten würde jedenfalls auf eine Annahme dieser Vorlage im Reichstage nicht zu rechnen sein, aber im Kriege müsse man von anderen Gesichtspunkten aus an diese Frage herantreten.

Staatssekretär Helfferich: Die Post solle nach wie vor dem Verkehr und nicht fiskalischen Zielen dienen. Die der Post

zugesetzte Last sei keine übermäßige. Bei der Abschöpfung des Ertrags sei der befürchtete Verkehrsrückgang bereits in Rechnung gestellt. Das mit dem Friedensschluß die Abgaben sofort wegfallen werden, könnte nicht in Aussicht gestellt werden. Sie werden ihre Einordnung finden müssen bei der Neugestaltung der Reichsfinanzen, die bald nach Friedensschluß notwendig werde.

Abg. Wollenbuchi (SDA) bezeichnete es als sehr bestenslich, Steuern zu schaffen, die nur vorübergehend erhoben werden sollen, zumal in der Kriegszeit der billige Briefverkehr sehr lastfördernd gewirkt habe. Die früheren Privatpostanstalten hätten bewiesen, dass der Verkehr noch billiger gestaltet werden könnte. Nach den Erfahrungen mit der Fahrkarte stünde hätte man eine solche Vorlage nicht erwarten sollen. Es sei sehr wohl möglich, dass die ganze Mehreinnahme durch den Verkehrsrückgang ausgezehrt werde. Redner weiß weiter nach, dass die Steigerung der Postgebühren zur Verschlechterung der deutschen Wirtschaft werde. Die Umgestaltung der Kriegs- in die Friedewirtschaft werde durch die erhöhten Postgebühren nur erschwert.

Abg. Warwuth (Deutsche Partei) hält besonders die Erhöhung des Postes im Orts- und Nachbarverkehr für geboten. Der heutige Zustand bedeute eine Begünstigung der Großstädte. Die Postkarte könne allgemein auf 10 Pf. erhöht werden.

Staatssekretär Kraette: Wir haben den Verkehr nichts zu erleichtern gesucht. Jetzt sind wir aber in der Zwangslage, Geld zu beschaffen. Eine gleichmäßige Erhöhung aller Postgebühren um einen bestimmten Prozentsatz schien unvermeidlich. Daraus habe man große Gruppen des Verkehrs herausgegriffen. Postkarten, Briefe, Drucksachen, Pakete. Der Zeitungstarif bleibe unberührt, und das sei bereits ein großes Entgegenkommen für die Zeitungen. Besondere Ausnahmen für bestimmte Berufe müssten der Konsequenz wegen vermieden werden.

Von den Nationalliberalen und Freisinnern wird ein Antrag gestellt, der verlangt, dass die in dem Gesetz vorgesehenen Abgaben spätestens nach Ablauf des ersten Haushaltsjahrs nach Friedensschluß erfolgen müsse, wenn es der Reichstag verlange.

Carsten (FDP) befürchtet, dass die Postabgaben so rasch nicht wieder verschwinden werden, und dass sie dem gewerblichen Mittelstand das Leben schwer und dunkel machen. Daraus machen werden. Trotzdem redet er den Sozialdemokraten zu, sich gegenüber diesen Steuern nicht davorzuschrecken zu verhalten. Staatssekretär Kraette teilt mit, dass das Haftkapital der Reichspost sich auf 1.555 Millionen Mark belasse. Die Verdopplung betrage über 11 Prozent.

Müller-Zulda (Zentrum) erklärt, dass sich das Zentrum, weil es sich um eine Vorlage handele, auf den Boden der Vorlage stelle. Der Reinertrag der Post sei kein beständigender. Redner macht einige Anregungen, dass diese Vorschläge praktisch erprobt werden sollen.

Abg. Kopisch (FDP): Der Staatssekretär wäre sich, wenn er annehme, dass die Vorlage im Volle kein Widerstand geleistet werde. Die Presse z. B. werde sehr schwer unter den Abgaben zu leiden haben. Man solle auch die von den Postgebühren befreiten Kreise mit der Abgabe treffen. Man dürfe auch nicht die Schwierigkeit unterschätzen, die der Einflussnahme eines Briefstempels im Wege stehen. Redner wendet sich gegen die besondere Belastung des Orts- und Nachbarverkehrs.

Abg. Vogtherr (SDA, Arbeitsgemeinschaft) beantragt einen § 4 a, wonach die den Bundesbürgern gewährten Besteuerungen von den Postgebühren aufgehoben werden sollen. Er führt aus: Der Rückgang des Postverkehrs werde von der Regierung unterschätzt. Die durch den Krieg herbeigeführte Erhöhung des Verkehrs werde durch die Postabgaben noch gesteigert. Mit der Postfreiheit der Fürsten werde ein großer Missbrauch getrieben.

Staatssekretär Kraette protestiert gegen die Auslassungen und bestreitet, dass Missbrauch getrieben werde. Die Postfreiheit der regierenden Fürsten beruhe auf einem Reichsgesetz und müsse respektiert werden.

Abg. v. Richthofen (Nati.): Richtig sei, dass gegen diese Vorlage im Volle am wenigsten Widerstand geleistet werde. Der Grund liege darin, dass man diese Last als eine vorübergehende ansiehe. An der Postfreiheit der Fürsten solle man nicht rütteln.

Graf Carmer (Kon.) meint, dass man in diesen schwierigen Zeiten harte Maßnahmen nicht vermeiden könne. Die Begrenzung der Gültigkeitsdauer sei nach dem nationalen Liberalen Krieg zu kurz bemessen. Die Postfreiheit der Fürstenhämpter könne man jetzt nicht aufheben.

Staatssekretär Helfferich hebt hervor, dass das bisher ein Roiges sei, das durch die Natur der Dinge bestimmt sei. Über es sei sehr bedeutsam, eine solche Kritik in das Gesetz zu schreiben. Bezuglich der Postfreiheit der Fürsten teile er die Ansicht des Vorredner.

„Gnädigste Frau, Ihr erinnert Euch vielleicht nicht mehr, dass die Universität Frankfurt —“

„Geht mir mit der! Ich will nichts von diesen Gelehrten wissen, die den abjüdischen Tezel —“

„Die theologische Fakultät hat endlich ein Gutachten abgegeben —“

„Wie der Kurfürst es wünscht, das ist eine alte Sache.“

„Sie hat sich für inkompetent erklärt.“

„Natürlich, weil Sachthilfe nicht will, dass sie die Wahrheit sagt. In welcher Sache, die Euch so nahe geht.“

„Durchlauchtigste Frau,“ sagte Musculus, indem er seine Barts in den Händen drehte, und mit einem Blick, der etwas nach dem eines armen Sünders schmeckte — auch auf die Gesichter Euch zu mißfallen — es ist nun einmal so — das eben ist das Verderbhaftes durchbare Schätzchen, dass er die Menschen das Gewissheit, Ratschläge für Tugend halten möge, das seine Kraft, welche sie liebend wiederholte, für die unsterbliche Seele ihres Gatten, für den Frieden seiner Seele auf Erden, und dass er durch die Gnade der Heiligen zur Erfahrung seiner Schuld komme.“

Elisabeth reichte dem Geistlichen, als sie aufgetanden, aus ihrem Schrank ein mit Edelsteinen gefasstes Brevet.

„Wofür diese Gnade?“

„Für den Schluss Eurer Predigt. Denor Ihr wie noch den Sinn des andern Teiles erklärt, hatte ich es Euch zugedacht. Auch in dem Haus, wo die Söhne am hellsten glänzen, ist ein schärfster Winkel, der keine Söhne schmeckt — auch auf die Gesichter Euch zu mißfallen — es ist nun einmal so — das eben ist das Verderbhaftes durchbare Schätzchen, dass er die Menschen das Gewissheit, Ratschläge für Tugend halten möge, das seine Kraft, welche sie liebend wiederholte, für die unsterbliche Seele ihres Gatten, für den Frieden seiner Seele auf Erden, und dass er durch die Gnade der Heiligen zur Erfahrung seiner Schuld komme.“

Dann tut Ihr wohl“ entgegnete sie wieder mit der kalten Haltung einer Königin gegen einen Dienst, der sie zu ehrgeiziger Verbreitung ihrer Macht erlaubt. „Ein für allemal habe ich Euch gesagt, nie ein Wort in meiner Gegenwart von der Sache ihres unerschöpflichen Kleidungsstückes. Sollte Ihnen das nicht verderben, dass Sie darüber nicht hören. Denkt in den Bierhorden, in den Weinbergen, daran, über die Gemach Eurer Fürsten soll auch Euer Geschäft sein. Wenn mein Geschäft die Sache nicht hätte, müsste ich natürlich aufzugeben das Dienstamt, in diesem gehe nicht in die Kirche, ich kann an dem Tage mit meinem Dienst und meinen Freunden mich Spannus.“

„Durchlauchtigste, ich habe sicher höhere Erfahrung — ich habe noch Raum geschriften.“

„König“ — die Söhne der Königin wunderte sich — „was meint der heilige Vater — Hofprediger Musculus, der hier Sache hat Euch meine Gedanken unterlegt.“

Die Königin dankte unmissverständlich heraus: „Das ist ein rostiges Alter! Aber auf jedem Dienst.“

„Als Musculus die Tür geschlossen habe, sah ich den Sarg, und beide Söhne dachten er aus Sarg.“ „Gott sei mit Euch“ — die Königin lächelte, so hellblühende Augen leuchtete, wie — und so grüßte das Sarg.“

Reichsverband (Satz) wendet sich entschieden gegen die Beleidigung der Abgaben. Die Vereinigung der Rechte von 11 Prozent ist mit Vorsicht aufzunehmen. Die Aufhebung der Postabgaben müsse man schon mit Rückzug aus das Volksangebot beschließen. Er hofft aber, dass die Fürsten sich freiwillig zu diesem Verzicht bereit erklären werden. Redner schlägt die Aufhebung der Postfreiheit im Bereich mit Heeresangehörigen innerhalb der Landesgrenzen und die Erhebung einer kleinen Gebühr für Briefe ins Feld vor, weil mit der Postfreiheit großer Missbrauch getrieben werde.

Das eine Bemerkung des Abg. Meyer-Kaufbeuren (Str.), den kann nicht damit rechnen, dass die außerordentlichen Abgaben wieder in Wege rückten, bemerkt der Staatssekretär Dr. Helfferich, dass es ihm jetzt nicht möglich sei, auch nur in groben Umrissen sein Zukunftsprogramm bezüglich der Gestaltung der Reichsfinanzen zu entwirken. Zunächst sei zu hoffen, dass es gelingen werde, einen erheblichen Teil der Kriegskosten durch die Gewinnabführungen zu decken.

Hildenbrand (Soz.): Wir haben uns bereit erklärt, an der Bezeichnung der notwendigen Einschüchterung mitzuwirken; aber der Charakter dieser Vorlage ist vom Staatssekretär richtig bestimmt worden, als ein Verlegenheitsgesetz. Man hätte an diejenigen Kreise herantreten sollen, die im Besitz des Kanzlers sind. — Redner kommt dann auf den Vorschlag zurück, den Wehrbeitrag noch einmal zu erhöhen; in der Nord-, Ills., Zug. sei jedoch eine Erhöhung abgelehnt worden, die darauf hindeutet, dass die Regierung den nochmaligen Wehrbeitrag ablehnen mölle. Das dürfe aber nicht hindern, gerechte und zweckmäßige Steuern, als es die vorgeschlagenen sind, zu schaffen. Die Erhebung der Postabgaben bedeutet einen kulturellen Rückgang, der besonders in diesen Kriegszeiten hart wirkt. Es wäre vielleicht besser, ehe in eine Spezialberatung eingetreten wird, zu ver suchen, eine Möglichkeit für einen neuen Wehrbeitrag zufinden zu bringen. Bezeichnungsweise dafür sei auch in den hessischen Kreisen zu finden. Dass dem Beratungsausschuss werde nicht viel genommen, denn da Ernst sei nicht daran zu denken, dass diese Abgaben nach dem Kriege wieder eingeschöpft werden.

Nach längerer Beratungssitzung verhandelte man sich dahin, die Beratung über die Frage des Wehrbeitrages als einer einzelnen Sitzung der Budgetkommission zu überleben, der auch die Kriegsgewinner überwiegen ist. — Staatssekretär Dr. Helfferich mahnte denor, einen einen Stenogramm auf die Zeichnungen der Kriegsministerie zu legen. Die Sitzung der Regierung in der Frage des Wehrbeitrages habe sich seit seiner Eröffnung im Plenum nicht geändert.

Abg. Hildenbrand erklärte noch, dass er nur einer eingeschränkten Besitzerschaft das Wort geweckt habe.

Zur den Nationalliberalen wurde dann noch eine Resolution beantragt, in welcher die Herausgabe einer einheitlichen Briefmarke für ganz Deutschland verlangt wird.

Die Sitzung geht Freitag weiter.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Sozialdemokratische Anträge zum Militäraus.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion in der Budgetkommission haben zu der Beratung des Militäraus folgende Resolutionen eingeführt:

1. den Herrn Reichsminister zu ermahnen, bei der obersten Wehrberatung zu veranlassen, dass Mannschaften, die das 15. Lebensjahr überschritten haben, in weiterem Uniform als bisher von der Front zurückgezogen werden;

2. den Herrn Reichsminister zu ermahnen, während in Erwägungen darüber einzutreten, wie die Versiegelsungsverhältnisse der Truppen gleichmäßig gut genutzt werden können. In Strafe des Brüderlichkeit soll den Mannschaften grundlegend die in der Versiegelsungsverordnung festgelegte Struktur geändert werden;

3. den Herrn Reichsminister zu ermahnen, die Zahlung der Gefechten und Granaten bei den immobilen Formationen um 20% zu erhöhen;

4. den Herrn Reichsminister zu ermahnen, während eine Erhöhung der Kriegsbeihilfenzulassung — Teil I (Mannschaften) — beizubringen verpflichtet, dass die Zahlung der unter den Jahren 60, 61 und 62 ausgerückten Gefechten um 30% erhöht wird;

5. den Herrn Reichsminister zu ermahnen, dass zu errichten, die Anzahl der regulären Mannschaften und Unteroffiziere, die währendens seit einem Jahre ohne sozialistische Unterstützung im Felde stehen, entsprechender Anzahl gewährt wird.

Zerner dem Reichstag bezieht eine Berichtigung vorzulegen, durch die bestimmte Maßnahmen für die Heeresversorgung für Angehörige des Heeres und der Marine erlassen werden;

6. den Herrn Reichsminister zu ermahnen, dem Reichstag beizubringen bis zu seiner nächsten Tagung der Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderung des Reichsvertrags der Soldaten vorzulegen. Der Entwurf ist beizubringen, welche Partei verantwortlich:

1. Siegel des Sozialistischen Reichstags;

2. Erstellung eines neuen Entwurfs der Verträge;

3. den Reichsministern der nationalen Streitkräfte, die jetzt zum Dienst mit der Waffe eingeschoben werden, in die Zeit als Soldaten einzutreten, während der sie als Soldaten eingeschoben sind.

Zur Berichtigung des Reichsvertrags hat Reichsminister Delbrück ein: Bei der Berichtigung der Reichsverträge ist jeder der Reichsminister:

Wenn ich ja seien mir hier nicht einen Bezug, der uns für alle Zukunft verlockt und den Erfolg des Krieges in weiterem Verließungslieben noch sicher machen zu lassen... So möchte dies auch den Herrn Reichsminister selbst gezeigt hat, wie der sozialdemokratische Parteidoktrinismus in Deutschland letzter Erfolg hat mit einer gewissen Überzeugung der Übereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Kriegsziel eines sozialdemokratischen und sozialrevolutionären (Kommunisten und Nationalsozialisten) in der Entwicklung auf der einen Seite und der Bildung der Sozialdemokratie auf der anderen Seite, der andere Teil des sozialdemokratischen Kriegsziels mit dem sozialdemokratischen Kriegsziel auf der anderen Seite, der andere Teil des sozialdemokratischen Kriegsziels mit dem sozialdemokratischen Kriegsziel auf der anderen Seite.

Es ist gut, dass Reichsminister Delbrück solche Erfahrungen hat, wenn man ein paar Zeile über eine solche sozialdemokratische Schriftleitung, die der Parteidoktrinismus hat, eine solche Schriftleitung haben kann, über den Sozialen zu sprechen, welche eine soziale Parteidoktrin ist, welche es sozialdemokratisch ist, es sozialdemokratisch ist, es sozialdemokratisch ist, es sozialdemokratisch ist.

Kriegsgruppe.

Die Kriegsgruppe fungiert für ihren Dienstbereich, d. h. in der Stadt, bis sie den Städten, die an sie liegen, dieses Dienst zur Verfügung stellt. Eine in der Stadt befindliche Kriegsgruppe kann nicht mehr sein, wenn sie



Die Front im Osten.

Nichtamtlich.

Mitmaßliche Stellungslinie.

e) Dünaburg-Nord

W.T.B. 2100.

eine prüfende Praxis angewendet wird: Die Marineverwaltung liefert den Zentner Futter zu 12 Mark, wofür dann die Schweine zum Höchstpreis abgegeben werden müssen. Von vielen Mästern wird das Futter aber nicht verputzt, sondern weiter verkauft, und die Schweine, die damit genötigt werden müssen, laufen im freien Handel auf:

Ein Mäster in Holdorf laufte so im freien Handel 18 Schweine für 2250 Mark. Lieferte sie an die Marineverwaltung ab und erhielt dafür 1560 Mark (?), d. h. daneben 130 Zentner Futter zu 1560 Mark. Diese 130 Zentner verhörferte er weiter für 3500 Mark. Da er an dem Schweineverkauf nur 1690 Mark verdient hat, so sind mit leichter Mühe 2250 Mark an den 18 Tieren verdient!

So wird berichtet. — Das Vorzeichen der Marineverwaltung führt hier zu einer höheren Beeinträchtigung der allgemeinen Volksinteressen. Es fehlt an der notwendigen Kontrolle zu fehlten.

Die Elektrizitätsversorgung Sachsen.

Der Sachsische Landtag, der am 7. April verlängert werden soll, wird bereits im Juni wieder einberufen, um einen Gesetzentwurf über die fortlaufende Elektrizitätsversorgung Sachsen zu bearbeiten. Die Vorlage soll die Elektrizitätsversorgung des Landes vereinigen. Es sollen vor allem die Kreise für den Strom reguliert werden. Der Staat hat an der Regierung der Elektrizitätsversorgung auch insofern ein besonderes Interesse, als er nach dem Kriege eine Anzahl verfeindeter Neben-, Klein- und Vorortbahnen mit elektrischem Betrieb versehen wird. Vorgeschenkt ist auch der Anfang des Elektrizitätsnetzes Sachsen bei Zwickau für den Preis von fünf Millionen Mark. In der Nähe liegen umfangreichere Braunkohlenfelder. Weiter soll für den Strom des Landes, um ebenfalls dem Staat eigene Ressourcen zur Verfügung steht, ein neues Werk errichtet werden. Nach und nach sollen alle vorhandenen Stromquellen vereinigt werden. In der Vorlage wird zur Durchführung des Planes zunächst ein Kredit bis zu 30 Millionen Mark fordert. Weiter wird die Errichtung einer "Direction der sozialen Elektrizitätswerke" beantragt. — Die Vorlage ist ohne Zweifel aus dem Besitznis noch neuen Stenerzellen gedacht.

Die sozialdemokratischen Anträge, die eine gründliche Steuerreform, Einführung direkter Reichssteuern und Befreiung der indirekten Steuern in Staat und Reich fordern, wurden abgelehnt. Der Minister bestimmt sie mit Zusätzen aus dem "Sozialistischen Monatsheft", wogegen ihn aber vom sozialdemokratischen Redner sagten, dass seine Fraktion jede Berechnung für die möglichen Versorgungen einzelner Sozialdemokratien ablehne und die "Sozialistischen Monatshefte" kein Organ der Partei seien. Zugleich waren die Steuergrundsätze der sozialdemokratischen Partei.

kleine politische Nachrichten.

Das preußische Herrenhaus übernahm eine Petition des früheren reichswehrlichen Vertreters von Oberholz, 1912, die Steuerreize von 90 auf 120 Mark hinaufzusetzen, der Staatsregierung als Material. Fürst Salm-Schleiden, Vertreter des Reichsverteidigungsministers Haus- und Grundbesitzerkreises, hieltte bei der Bezeichnung von Petitionen dieser Partei die Lage der Haushälter in den allgemeinen jungen Jahren.

Unter Berücksichtung gesetzt wurde die Bergmannszeitung, das Organ der nationalsozialistischen Abgeordneten Sacchweizer, das besonders agierte in der Hessenzeitung.

Dreizehnzig große am Eisenhändel beteiligte mittelständische Betriebe in Hamburg haben an den Reichsminister einen Antrag auf Erlass der Förderung des deutscher Gewerbegebiets an das französische Eisenland gestellt, damit die Regierung bei Friedenszeitung von den französischen Häfen keinen Erfolg in Form von Exporten nach anderen Bergbaureichen erzielen kann.

Eine Reichsvertretungskommission ist gebildet und die sozialdemokratische Kommission soll errichtet werden, um einen gemeinsamen Zugang zu erhalten. Das Komitee ist beizustellen um das Kapital im Falle zu erhalten, in einzelnen Fällen um das Land und Sachsen.

Bon den Kriegsfeldauflösungen. Gegen Frankreich und Belgien.

Der französische Generalstab.

Am Sonntag nachmittag südlich der Saarburg den Raum unter Beschaffung eines herigen Sonderberichts

in ein vorgehoenes Werk unserer Linie westlich von Bernardsviller (nördlich von Charleroi) ein. Unser Gegenangriff warf ihn ab und wieder hinaus. Westlich der Maas unternahmen die Deutschen im Lauf der Nacht mehrmals Gegenangriffe gegen unsere Stellungen im Walde von Ancoourt. Alle Stürme wurden abgeschlagen durch unser Sperr-Maschinengemeinde- und Infanteriefeuer, das große Verwüstungen in den feindlichen Reihen, besonders dem Kernwerk (Reduit) von Ancoourt hervorrief, wo die Deutschen hauptsächlich Leichen zurückließen. Kein neuer Angriffsversuch in der Gegend von Malancourt. Ostlich der Maas und in der Woëvre-Gebene zeitweise unterbrochenes Geschützfeuer. Die Deutschen marschierten nördlich von St. Mihiel eine große Zahl schwimmender Minen in die Maas, welche keinen Schaden anrichteten. In Lothringen war unsere Artillerie zwischen Domèvre und Bremont fähig. Von der übrigen Front kein wichtiges Ereignis. Am 29. März war eines unserer Kampfflugzeuge mit einer großkalibrigen Geschosse auf den Bahnhof von Moës-Sablonnes und fand auf den Bahnhof von Pagny-sur-Moselle. In der Nacht zum 30. März beschossen zwei Flugzeuge den Bahnhof von Marzières-les-Mes.

Donnerstag abend: Wir beschossen südlich der Somme die Verpflegungsbahnhöfe von Puiseux Hallu (in der Gegend von Chaulnes). Westlich von Nointon wurde ein Flugzeug des Feindes von unseren Abwehrmaschinen abgeschossen; es viel fünf Meter vor unseren Gräben zur Erde, die Insassen sind tot. Das Maschinengeschütz dieses Flugzeuges wurde in unsere Linien gebracht. Nördlich der Aisne Feuerkampf, der gegen die Befestigungsarbeiten des Feindes auf der Höhe von Baucelle gerichtet war, und eine starke Explosion zur Folge hatte. In der Charnoye schossen unsere Fliegergeschütze ein Flugzeug ab, das bei St. Mihiel-Py in die feindlichen Linien fiel. In den Argonne richteten wir starles Feuer gegen die Wälder von La Ville Morte, in den Argonne und von Malancourt. Eine unserer Linien brachte einen Schützengraben zum Einsatz, arbeitete zerstörte feindliche Posten bei dem Hügel 285. Westlich der Maas (in der Gegend von Malancourt) tagüber anhaltendes Feuerfeuer ohne Schärfekräfte. Ostlich der Maas richteten die Deutschen morgens gegen unsere Stellungen an dem Straßen zum Fort Douaumont einen heftigen Angriff, bei dem sie brennende Flugzeuge gegen uns schleuderten. Der Angriff wurde völlig abgewiesen. Bald darauf fand ein zweiter Angriff auf denselben Punkt statt, der nicht größeren Erfolg hatte und den Deutschen gleichfalls sehr jährlinge Verluste zufügte. Im Woëvre-Gebiet zeitweilig Artilleriefeuer. Eine starke feindliche Erkundungsabteilung, die sich unserer Gräben nördlich von Weisenbach (in den Vogesen) zu nähern versuchte, wurde durch unser Sperrfeuer zerstört.

Flugdienst: Unser Flugdienst zeigte sich tagsüber sehr leistungsfähig. Einer unserer Flieger schießt in der Gegend von Domrémy (Champagne) ein Fliegerabflug ab, das brennend in die feindlichen Linien fiel. In der Gegend von Verdun wurden fünf feindliche Flugzeuge in der unmittelbaren Nähe unserer Linien untergehalten. Unsere Flugzeuge wurden vielfach getroffen, aber alle unsere Flieger sind, ohne Schaden zu nehmen, zurückgeflogen.

Beiglicher Bericht: Deutsche Artilleriekraften an der belgischen Front, besonders im Abschnitt von Vervins, wurden durch unser Sperrfeuer zerstört.

Gegen Russland.

Der russische Kriegsbericht meldet zum 31. März: Westfront: In der Gegend von Riga machten die Deutschen einen Feuerüberfall auf den Brückenkopf von Rastow. Im Abschnitt von Jatzkau führte der Feind heftig die Umgegend des Dorfes Epfau, 3 Kilometer südlich des Jagdthofes, er unternahm einen Angriff, wurde aber durch unser Feuer abgewiesen. Feindliche Abteilungen, die in den Gegenen von Epfau vorgingen, wurden auf das andere Flußufer vertrieben. Nördlich von Dünaburg Feuerkampf. In der Gegend nördlich von Dünaburg stellenweise lebhafte Gewehr- und Artilleriefeuer. Ein Angriff des Feindes südlich von Widin wurde durch unser Feuer abgewiesen. Westlich des Dorfes Sere, in den Gräben südlich von Moitzope wurde der zugehörige Feind durch unser Feuer zerstört. In der Gegend des Ognisk-Schlosses feindliches Artilleriefeuer. Südlich des Prins und im Galgen Feuerkampf und Tätigkeit der Aufklärer. Durch unser Gewehrfeuer wurde ein feindliches Flugzeug abgeschossen und landete in der Gegend von Trenbowla. Die beiden Flieger, ein Hauptmann und Lieutenant wurden gefangen genommen. Auf der ganzen Front Trenbowla und Sosnowitz.

Rastow: In der Gegend des Ognisk-Schlosses Artilleriefeuer. Südlich des Prins und im Galgen Feuerkampf und Tätigkeit der Aufklärer. Durch unser Gewehrfeuer wurde ein feindliches Flugzeug abgeschossen und landete in der Gegend von Trenbowla. Die beiden Flieger, ein Hauptmann und Lieutenant wurden gefangen genommen. Auf der ganzen Front Trenbowla und Sosnowitz.

Generalstab: In der Gegend von Rastow wurden wir im Lauf der Kämpfe 10 Offiziere und fast 400 Aspiranten von einem türkischen Regiment, das es der Feind aus der Halbinsel Gallipoli teilgenommen hatte, zu Gefangenen. Nach Auskugen der Gefangenen ist der Kommandeur dieses Regiments ein deutscher Offizier. In der Gegend nordwestlich der Stadt Malch waren unsere Truppen den Feind aus seinen Stellungen und befreiten das Kloster Sankt Seraphim Chersonissi, 10 Meilen nordwestlich Malch.

Der Balkankrieg.

Nebungen in Norddeutschland.

Die Schweizerische Telegraphen-Information meldet aus Aachen: In Aachen ist eine starke griechische Einwohnerkavallerie konzentriert, die sich seltmäßig verstaut hat. Die Truppen haben den Befehl, einem ehemaligen Balkanischen

Kräfte energischen Widerstand entgegenzusetzen. An der Grenze haben bereits Kämpfe zwischen griechischen und italienischen Grenztruppen begonnen. Der Entschluß der Regierung, Norditalien nötigenfalls mit Waffengewalt zu behaupten, erregt in Athen große Genugtuung.

Fliegerkampf vor Saloniki.

Der bulgarische Generalstab teilt mit: Am 27. März bombardierte ein Geschwader von 15 Flugzeugen den Hafen von Saloniki und ein englisch-französisches Lager in der Nähe der Stadt. Es wurden 800 Bomben abgeworfen, die großen Schaden anrichteten. Die Flieger beobachteten eine Explosion in einem unmittelbar beim Bahnhof gelegenen Depot, sowie eine zweite auf einem feindlichen Schiff. Feindliche Flugzeuge versuchten einen Angriff gegen die deutschen Flugzeuge; ihr Versuch blieb jedoch erfolglos. Vier von den englisch-französischen Flugzeugen wurden zur Landung gezwungen, die übrigen mußten den Rückzug antreten.

Aus der Partei.

Abgelehnte Begründung. Vor einigen Tagen erhielt der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Solingen, Genosse Karl Rapp, die Nachricht, daß seine ein-

tägige Gefängnisstrafe wegen Vergehens gegen das Gesetz über Belagerungszustand im Gradenwege in dreißig Mark Geldstrafe umgedeutet sei. Genosse Rapp richtete jetzt an die Staatsanwaltschaft in Elberfeld ein Schreiben, worin er die Begründung mit Dank ablehnt. Rühen wird ihm das allerdings nichts, er wird die 30 Mark bezahlen müssen.

Rasche Bestätigung. Vor kaum vier Wochen wurde in Wohl (Kreis Solingen) der Genosse Karl Dülgen zum Beigeordneten gewählt. Während in der Nachbarstadt Höhscheid die Bestätigung der gewählten parteigenössischen Beigeordneten Freund und Klein ½ Jahre auf sich warten ließ, ist Dülgen jetzt schon bestätigt und in sein Amt eingeführt worden.

Das französische Echo. Der sozialistische Deputierte Renaud, Chefredakteur der von Faure gegründeten „Humanité“, führt sich in diesem Blatte über die Spaltung in der Sozialdemokratie und über die Rolle des Reichstagsabgeordneten Haase. Er gibt zu, daß die Spaltung vorauszusehen war, und er weist darauf hin, daß der Parteitag der französischen Sozialisten am 25. Dezember 1915 bereits mit derjenigen gerechnet habe. In der Tat ist in der von diesem Parteitag angenommenen Tagesordnung der Satz enthalten, daß eine Wiederaufnahme der Beziehungen mit den deutschen Parteigenossen nur ins Auge gefaßt werden könne, wenn die Sozialdemokratie oder die Oppositionsminderheit eine entscheidende Aktion gegen die Regierung des Reiches vollbringe und sich nicht nur auf platonische Resolutionen beschränke. Renaud ist also offenbar heute geneigt, mit der neuen Partei

Haase in Verbindung zu treten. Er führt aber in seinen weiteren Betrachtungen hinzau, die sozialdemokratische Minderheit dürfe deshalb nun nicht glauben, daß auch die französischen Sozialisten für eine Abtötung des Krieges und für einen anderen Frieden eintreten als denjenigen, der auf der Niederlage Deutschlands aufgestellt wird. Es ist so sagt Renaud, außer Zweifel, daß die Lage der deutschen Sozialisten nicht die nämliche ist wie die unsrige, und es wäre ein eitles Unternehmen, eine Aehnlichkeit aufzuzeigen. Man kann auch bei uns finden, daß der Krieg lange dauert und daß ein baldiger Friede wünschenswert wäre, aber wir bleiben dem Werke der nationalen Verteidigung erst recht ergeben.“

Verlustlisten.

Erschienen sind:
Preußische Verlustliste Nr. 494.
Sächsische Verlustliste Nr. 267.

Württembergische Verlustliste Nr. 364.

Die Verlustlisten sind während der Gedächtnishundenwochen von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Gämtlich in Lübeck.



Dankt an uns!

Sendet

Galem Aleicum und Galem Gold Zigaretten.

Willkommenste Liebesgabe!

Preis Nr. 3 4 5 6 8 10

3 4 5 6 8 10 Pf. d. Stück.

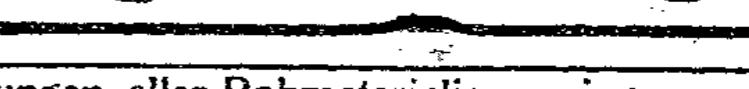
20 Stück feldpostmäßig verpackt portofrei!

50 Stück feldpostmäßig verpackt 10 Pf. Porto!

Orient Tabak- u. Cigarettenfabr. Yenidze, Dresden.

Joh. Hugo Zietz, Hoflieferant S.M. Königs von Sachsen.

Trustfrei!



Am 14. März erlitt den Helden Tod der Fensterputzer

Carl Niellson.

Derselbe war 2 Jahre in meinem Geschäft tätig, habe ihn als rührigen und aufrichtigen Arbeiter geschätzt. Werde ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Lübeck, den 31. März 1916.

Fenster- und Parkettreinigungs-Institut
W. Westfehling.

1516



Am 14. März starb fürs Vaterland unser lieber Kollege, der Fensterreiniger

Carl Niellson.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

(1570)

Die Angestellten der Firma W. Westfehling.

Dankjagang.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer übernen Hochzeit danken herzlichst J. Heinz und Frau, geb. Freitag.

(1558)



Sozialdemokratischer Verein.

Als weiteres Erbe des blutigen Weltkrieges belingen wir unseren Genossen

Johann Hack.

Ehre seinem Andenken!
(1561) Der Vorstand.

Goldene Hochzeit feiern am 2. April die Eheleute Matthiesen, Ernststraße 11. (1559)

Caufbursche
sofort gesucht.

(1562)

Johannes Holst,
Markt 6.

1560

1561

1562

1563

1564

1565

1566

1567

1568

1569

1570

1571

1572

1573

1574

1575

1576

1577

1578

1579

1580

1581

1582

1583

1584

1585

1586

1587

1588

1589

1590

1591

1592

1593

1594

1595

1596

1597

1598

1599

1600

1601

1602

1603

1604

1605

1606

1607

1608

1609

1610

1611

1612

1613

1614

1615

1616

1617

1618

1619

1620

1621

1622

1623

1624

1625

1626

1627

1628

1629

1630

1631

1632

1633

1634

1635

1636

1637

1638

1639

1640

1641

1642

1643

1644

1645

1646

1647

1648

1649

1650

1651

1652

1653

1654

1655

1656

1657

1658

1659

1660

1661

1662

1663

1664

1665

1666

1667

1668

1669

